

DISKUSSIONSPAPIERE

Alexander Solyga

Krisenprävention und Friedensdienste
in der deutschen Entwicklungspolitik

Offene konzeptionelle Fragen

Herausgegeben von
Dieter Weiss und Steffen Wippel

Freie Universität Berlin,
Fachbereich Wirtschaftswissenschaft,
Fachgebiet Volkswirtschaft des Vorderen Orients

82

DISKUSSIONSPAPIERE

Alexander Solyga

Krisenprävention und Friedensdienste
in der deutschen Entwicklungspolitik

Offene konzeptionelle Fragen

82

Inhalt

Vorwort	1
1. Die Weiterentwicklung von Analyse- und Planungselementen und der Abbau von Krisenursachen	2
1.1 Krisenursachen und -verläufe	2
1.2 Krisenindikatoren und Gliederung nach Präventionsbedarf	3
1.3 Konflikterkennung und Informationsfluß	4
1.4 Wirkungen der deutschen EZ auf Konfliktpotentiale und -situationen	5
2. Entwicklungspolitische Umsetzung von Mechanismen gewaltfreier Konfliktregelung	6
3. Zur Notwendigkeit der Neuausrichtung einer nicht-militärischen Krisenprävention deutscher Außen- und Sicherheitspolitik	8
3.1 Ressortkonkurrenz oder Integration? Zur Kohärenz der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik	9
3.2 Die Einbeziehung des Sicherheitssektors in eine präventives Gesamtkonzept	9
3.3 Notwendige Ergänzungen der Zusammenarbeit von NGOs und Staat	10
3.4 Braucht man einen „Code of Conduct“?	10
Literatur	11

Vorwort

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und den damit verbundenen, nicht absehbaren Langzeitfolgen hat sich die sicherheitspolitische Situation der Welt gewandelt: zwischenstaatliche Konflikte nahmen in ihrer Zahl und in ihrem Umfang ab, während innerstaatliche Konflikte rapide anwuchsen. Die erwartete „Friedensdividende“ trat nicht ein, die „Hard Security“ der atomaren Abschreckung wich der „Soft Security“: internationaler Drogenhandel, grenzüberschreitende Migration, Terrorismus und Seuchengefahr stellen neue Anforderungen an die (deutsche) Entwicklungszusammenarbeit (EZ), die über die bisherigen, klassischen Aufgabenbereiche hinausgehen.

Krisenpräventive Maßnahmen, während des Kalten Krieges aus der entwicklungspolitischen Debatte ausgeklammert, da als zu politisch bewertet, nehmen an Bedeutung zu und entziehen der EZ Mittel für ihre eigentliche Aufgabe: den langfristigen Aufbau selbsttragender Strukturen für eine nachhaltige Entwicklung. So stiegen die weltweiten Ausgaben für bilaterale Nothilfe von 2% (1980) der ODA-Ausgaben (Official Development Assistance) auf 10% (1995) an, bei gleichzeitigem Rückgang der gesamten ODA-Leistungen.¹ Die ODA-Leistungen betragen weltweit zur Zeit ca. 50 Mrd. US \$, wovon die BRD im Jahre 2000 einen Anteil von ca. 10,3 Mrd. DM bereitstellt; vom Ziel, nationale ODA Leistungen von 0,7% des BSP zu mobilisieren, ist die BRD mit zur Zeit weniger als 0,2% weiter entfernt denn je.

Dabei befindet sich die deutsche EZ in einer zunehmenden Legitimationskrise. Seit Beginn der 60er Jahre auf Armutsminderung orientiert, sieht sie sich vor uneinlösbaren Ansprüchen im Angesicht weltweit zunehmender Armut. Nach fünf Dekaden nationaler Entwicklungspolitik und internationaler Entwicklungshilfe haben sich die Entwicklungsländer in ihrer wirtschaftlichen und politischen Entwicklung dramatisch ausdifferenziert. Besonders in Sub-Sahara-Afrika und im Vorderen Orient existieren Armutsländer mit zunehmender Krisenneigung, die hinter Ländern mit mittlerem Einkommen oder den Schwellenländern Ost- und Südostasiens zurückbleiben.

In diesem Spannungsfeld soll die EZ, gemeinsam mit der Außen- und Sicherheitspolitik, dazu beitragen, den Ausbruch von Krisen möglichst zu verhindern. Dies wird aus sicherheitspolitischen, moralischen, ökologischen Gründen, aber vor allem auch aus ökonomischer Sicht gefordert: die dafür zu veranschlagenden Kosten sind um ein vielfaches geringer als die Kosten der Kriegsfolgenbeseitigung.

Nach dem politischen Führungswechsel ist das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) auch im Bundessicherheitsrat vertreten. Neue Akzente deutscher EZ wurden gesetzt: Krisen- und Konfliktprävention wurde, neben den klassischen drei Bereichen der Armutsorientierung, des Bildungswesens und des Umweltschutzes, zum vierten Schwerpunkt deutscher EZ deklariert.

Um jedoch nicht, wie im Fall der Armutsorientierung, in eine zweite Legitimationskrise mit einer schwindenden Akzeptanz von Entwicklungshilfe in der Bevölkerung zu geraten, bedarf es der Klärung offener konzeptioneller Fragen, nicht nur im Bereich der Krisenprävention.

¹ Vgl. Bohnet (1999:102).

Abweichend von den Wirkungen armutsorientierter EZ läßt sich der Ausgangspunkt der Überlegungen jedoch verschieben: EZ hat immer einen Einfluß auf Konfliktfelder im Nehmerland, positiv wie negativ. Friedens- und Konfliktforschung hat in Deutschland eine lange Tradition. Im Rahmen krisen- und konfliktpräventiver EZ ist es allerdings noch keineswegs klar, wie Zielsetzungen und Instrumente definiert und wie die Zuständigkeiten insbesondere bezüglich des Auswärtigen Amtes (AA), des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVtg), sowie des Bundesministeriums des Innern (BMI) abzugrenzen sind.²

Als Kernelemente einer auf Krisenprävention abzielenden EZ können dabei drei Punkte identifiziert werden.³

1. Die Weiterentwicklung von Analyse- und Planungselementen und der Abbau von Krisenursachen

1.1. Krisenursachen und -verläufe

Als Konflikt wird im folgenden die bloße Existenz gesellschaftlicher Interessensgegensätze und Kontroversen verstanden.⁴ Der Begriff der Krise beschreibt die zunehmende Wahrscheinlichkeit des Gewalteinsetzes im Rahmen der Konfliktaustragung. Die Unterscheidung beider Begriffe ist insoweit von Bedeutung, als es nicht Ziel sein kann, die Austragung gesellschaftlicher Kontroversen zu unterbinden. Ziel der Prävention ist die Vermeidung des Gewalteinsetzes. Krisenprävention bedeutet somit die „vorausschauende, planende und systematische zielgerichtete Verhütung des Ausbruchs kriegerischer Gewalt.“⁵

Die Entstehung einer Krise kann nur in den seltensten Fällen auf monokausale Ursachen zurückgeführt werden; in der Regel liegt ein komplexes Bündel von Konfliktursachen und konfliktverschärfenden Faktoren vor. In Form von langfristigen, strukturellen Krisenursachen treten diese insbesondere als soziale Disparitäten, Armut, koloniale Grenzziehungen, Konkurrenz um den Zugang zu Ressourcen wie Wasser, Land und Bodenschätzen, sowie ethisch und religiös begründete Autonomie- und Partizipationsansprüche auf. Krisen resultieren auch aus kurz- und mittelfristigen strukturellen Veränderungen, hervorgerufen durch die Umgestaltung gesellschaftlicher Strukturen in Folge von Modernisierungsprozessen sowie sich verschärfender Disparitäten in Folge ungleichgewichtiger nationaler Entwicklungspläne. Diese Veränderungen können zum schnellen Entstehen von potentiellen Krisensituationen führen, deren endgültiger gewaltsamer Ausbruch häufig in den Verhaltensweisen der Konfliktparteien begründet ist.⁶

Neben der Analyse von Konfliktursachen kommt der genauen Identifizierung von Konfliktphasen bei der Wahl von Instrumenten zur Krisenprävention eine entscheidende Bedeutung zu: Es wird unterschieden in eine noch friedliche Entstehungsphase, eine punktuell schon gewaltfördernde Eskalationsphase, eine Phase der offenen militärischen Konfliktaustragung,

² AA: z.B. Katastrophenhilfe; BMI: Polizei, Rotes Kreuz, THW.

³ Eid (1999a).

⁴ Vgl. Spelten (2000:71).

⁵ Matthies (1994:83).

⁶ Eid (1999b). Die Zuordnung basiert wohl auf Friedrich Glasl (1994).

eine durch Schlichtungsversuche und Waffenstillstände gekennzeichnete Deeskalationsphase, sowie eine Konsolidierungsphase, in der der Konflikt auf die zivile Ebene zurückgeführt wird.⁷

Nachkriegszeiten und die Konsolidierungsphase sind potentielle Vorkriegszeiten. Die Kriegsfolgenbeseitigung und Wiederaufbaumaßnahmen haben krisenpräventiven Charakter. „Nach dem Krieg“ ist „vor dem Krieg“. Dieser scheinbar trivialen Feststellung wird in der konkreten Politikausrichtung und Mittelzuwendung jedoch kaum Bedeutung zugemessen.⁸

1.2. Krisenindikatoren und Gliederung nach Präventionsbedarf

Zwischen aktuellen Konflikten und potentieller (gewalttätiger) Krisenneigung bestehen offensichtlich Kausalbeziehungen.⁹ Je stärker sich eine Bevölkerungsgruppe faktisch oder in ihrer eigenen Wahrnehmung von anderen Gruppen unterscheidet oder sich benachteiligt fühlt, desto eher ist sie bereit, zur Wahrnehmung ihrer Interessen kollektiv zu handeln. Je geringer dabei die staatliche Legitimität und die Funktionsfähigkeit staatlicher Institutionen sind, desto höher ist die Notwendigkeit für Gruppen, sich zur Wahrnehmung dieser Interessen selbst zu organisieren. Entscheidend für das Ausmaß des (gewalttätigen) Aktionspotentials dieser Gruppen ist dabei die externe Unterstützung der Gewaltanwendung in Form von Ressourcen- und Wafentransfers, Logistik und medizinischer Betreuung.

Elwert hat in diesem Zusammenhang auf das Entstehen von Gewaltmärkten hingewiesen, in denen Akteure unter dem Schirm moralischer und weltanschaulicher Konflikte nach marktwirtschaftlichen Prinzipien materielle Profite maximieren und Gewalt zur Durchsetzung ökonomischer Interessen einsetzen.¹⁰ Diese Gewaltmärkte entstehen dabei in Abwesenheit eines Gewaltmonopols des Staates in gewaltoffenen Räumen. In diesen Räumen existieren zwar Routinen, jedoch keine festen Regeln für den Gebrauch von Gewalt: zwangsläufige Sanktionsmechanismen existieren nicht. Je stärker der ökonomische, politische und soziale Status einer oder mehrerer Gruppen durch bevorstehende Ereignisse (z.B. Landreformen, Wahlen etc.) verändert werden kann, desto größer ist hier der Anreiz, den eigenen Status mit gewaltsamen Mitteln zu wahren bzw. zu erhöhen. Die kollektive Geschichte und Erfahrung der Konfliktparteien spielt dabei eine besondere Rolle: je mehr eine aktuelle konflikthafte Situation in der kollektiven Wahrnehmung mit einer konflikthafte Situation in der Vergangenheit übereinstimmt, desto größer ist die Gefahr, daß auch bei der Strategie der Konfliktbearbeitung auf alte Muster zurückgegriffen wird.

Gesellschaften, und eben auch traditionelle Gesellschaften in Entwicklungsländern, sind keine statischen Gebilde. Je mehr gemeinsame Foren, Institutionen, aber auch gesellschaftliche Ereignisse im Zuge von zeitlichen Entwicklungen und Modernisierungsprozessen abgebaut

⁷ Vgl. Wissing (1995:II).

⁸ Der frühere Kfor-Oberkommandierende General Reinhardt bezeichnet es als „abenteuerlich dumm“, daß die internationale Gemeinschaft an einem Tag des Bombardements viermal so viel Geld verpulvert hat, wie sie im ganzen nachfolgenden Jahr in den zivilen Aufbau, d.h. die Gewaltprävention, gesteckt hat (nach Müller 2000).

⁹ Vgl. Spelten (2000:71 ff.).

¹⁰ Vgl. Elwert (1997), (1998).

werden, in denen sich Mitglieder konkurrierender Gruppen über potentiell gemeinsame Interessen und Konflikte austauschen können, um so größer wird die Wahrscheinlichkeit einer gewaltsamen Eskalation. Ziel aller Krisenpräventionsmaßnahmen ist es, Gradual-Konflikte, das „Mehr oder Weniger“, nicht in Alternativ-Konflikte, das „Entweder-Oder“ umschlagen zu lassen. Je aggressiver die Konfliktparteien ihre Forderungen vorbringen (und sie eventuell mit Drohungen gewaltsamer Konsequenzen verbinden), um so schwieriger wird es für sie dabei sein, Verhandlungslösungen zuzustimmen, die hinter ihren Maximalforderungen zurückbleiben.

Um für eine Vielzahl heterogener Entwicklungsländer zutreffende Aussagen machen zu können, wurde in der neueren entwicklungspolitischen Diskussion ein System von Indikatoren geschaffen.¹¹ Es geht um die Ermittlung struktureller Konfliktfaktoren und Eskalationspotentiale, den absehbaren Veränderungs- und Modernisierungsdruck und das Monitoring von Gewaltpotentialen und faktischer Eskalation. Im Rahmen krisenorientierter deutscher EZ soll die Möglichkeit geschaffen werden, durch die Auswertung der Indikatorfragen jedem Land eine von drei Kategorien des Präventionsbedarfs zuzuordnen.

a) In die Kategorie mit geringem Präventionsbedarf fallen dabei Länder, in denen zwar gesellschaftspolitische Konflikte bestehen, das staatliche Gewaltmonopol für den Zeitraum von drei bis fünf Jahren jedoch als gesichert gilt. Für die EZ ergibt sich daher nicht die Notwendigkeit von Maßnahmen der Eskalationsanalyse oder der Krisenprävention.

b) Länder mit langfristig bestehenden strukturellen Disparitäten und Konflikten auf politischer Ebene, in denen - obwohl gewaltfrei - die Legitimation und Funktionsfähigkeit staatlicher Institutionen bereits maßgeblich gelitten hat, weisen einen mittleren Präventionsbedarf auf. Hier ist die Folgenabschätzung geplanter EZ-Maßnahmen besonders wichtig, damit die bestehende Konkurrenzsituation durch Verteilungsansprüche auf EZ-Ressourcen nicht weiter verschärft und bestehende Formen der Konfliktaustragung und des Interessenausgleiches durch EZ nicht ungewollt überlastet werden. Ein regelmäßiges Monitoring in maximal einjährigen Zeitabständen und die Einbettung der Planung und Implementierung in ein Konzept von Konfliktmanagement und Prävention ist notwendig.

c) Akuter Präventionsbedarf besteht bei starken Anzeichen zum tendenziellen Gewalteinsatz zur Durchsetzung von Partikularinteressen einer oder mehrerer Konfliktparteien, ohne Interesse an einem neuen Grundkonsensus. Eine grundlegende Umsteuerung von der herkömmlichen EZ auf die Konzentration von Strategien der Friedensbewahrung und der Gewaltprävention ist hier notwendig.

1.3. Konflikterkennung und Informationsfluß

Konfliktrelevante Informationen werden auf drei Ebenen aufgenommen und verarbeitet: auf der Projektebene, der Länderkoordinierungs- und Vertretungsebene (deutsche Botschaft, örtliche EZ-Büros), sowie auf der Ebene der Zentralen (AA, BMZ, Durchführungsorganisationen).

¹¹ Siehe Spelten (2000).

Die Informationsaufnahme, -weitergabe und -interpretation ist dabei problematisch: so kommt es durch Informationsüberflutung und durch widersprüchliche Informationen zu der Tendenz, Informationsinkonsistenzen durch bestimmte Mechanismen (z.B. selektive Wahrnehmung) in der Berichterstattung zu unterdrücken („kognitive Dissonanz“). Dadurch werden keine oder falsche Entscheidungen getroffen. Die vorhandenen EZ-Strukturen vor Ort tendieren zu einer zurückhaltenden Benennung von Konfliktsituationen, da letztendlich vom Fortbestehen der Projektarbeit die persönliche Situation abhängig ist. Aufgrund der Komplexität und der zeitlichen Beanspruchung in den einzelnen Projekten versuchen diese, sich gegenüber konfliktären Rahmenbedingungen abzuschirmen. Aus diesen Gründen vernachlässigt man in EZ-Maßnahmen oft, einen Konfliktkontext zwischen den jeweiligen lokalen Bedingungen und dem regionalen und nationalen Kontext herzustellen.

1.4. Wirkungen der deutschen EZ auf Konfliktpotentiale und -situationen

Klingebl (1999) sieht in seinem Querschnittsbericht zur Evaluierung der deutschen EZ in sechs Ländern gegenläufige Tendenzen von EZ-Maßnahmen, d.h. sowohl solche, die Konfliktpotentiale oder -situationen verschärfen, als auch Auswirkungen, die diese mindern.

EZ-Maßnahmen sind oftmals mit schwer oder kaum einlösbaren Zielvorstellungen wie dem langfristigen Abbau regionaler Disparitäten, dem Aufbau von Beschäftigungsmöglichkeiten, der Entschärfung von Ressourcenkonflikten, der kurz- und mittelfristigen politischen und sozialen Stabilisierung durch Wiederaufbauleistungen überfrachtet. Sie sollen beispielsweise gleichzeitig zu politischer Öffnung, Partizipation der Bevölkerung, Demokratisierung und Stärkung des Konfliktbewußtseins von Gesellschaften und politischen Systemen beitragen. Von personeller EZ-Präsenz in den Entwicklungsländern verspricht man sich in den Geberländern die Schaffung von Sicherheit und verbesserten Menschenrechtsbedingungen. Nicht zuletzt sollen Bereicherungsmöglichkeiten und Klientelsysteme durch wirtschaftliche Reform- und Strukturanpassungsprogramme zurückgedrängt werden.

Problematisch wird Entwicklungshilfe z.B. dort, wo durch staatliche EZ Regierungen unterstützt und stabilisiert werden, die selbst Konfliktparteien sind. Dadurch können falsche Signale an die jeweilige Regierung und oppositionelle Kräfte durch „Unterlassung“ (z.B. nicht-genutzte Chancen im Politikdialog) und „Billigung“ ausgesandt werden. Da staatliche EZ in der Regel immer über die Administration der Nehmerländer verteilt wird, können regionale Ungleichgewichte durch die Förderung bestimmter Regionen im Sinne der Regierungseliten verstärkt werden, ohne daß dies der Geberseite bewußt wird. Politischer Reformdruck, erzeugt durch die Förderung kritischer und demokratischer Institutionen in den Entwicklungsländern, kann wiederum schnell zu gewaltsamen Gegenmaßnahmen des um seinen Machterhalt kämpfenden Regimes führen. EZ-Zuwendungen, die in vielen Entwicklungsländern einen Großteil des jährlichen Staatshaushaltes ausmachen, können zu einer „Internationalisierung“ staatlicher Aufgaben führen, indem sie den Handlungsdruck für die Regierungen zur Bearbeitung von Konfliktursachen verringern. Einseitig ausgerichtete EZ-Maßnahmen führen nicht zuletzt durch die Beschleunigung des Modernisierungsdruckes zu einem Wandel in Wirtschaftsstrukturen und sozialen Organisationsformen, der sich konfliktiv auswirken kann.

Entwicklungszusammenarbeit kann jedoch auch explizit positive Auswirkungen auf Konfliktsituationen haben bzw. zu deren Vermeidung beitragen. Wann zerfallen die beschriebenen Gewaltmärkte? Sie zerfallen, wenn die abschöpfbaren Ressourcen zur Neige gehen, wenn Gewaltmärkte durch Blockaden von ihren externen Ressourcen, Abnehmern, Lieferanten und Dienstleistungen abgeschnitten sind. Sie zerfallen auch, wenn sich interne Prioritäten verlagern, wenn Sekundärziele zu Primärzielen werden. Der 30jährige Krieg in Deutschland, als der Aufbau einer ethnonationalen Gemeinschaft nach erfolgter Ressourcenerschöpfung zum Hauptziel wurde und die „Kapitalisten“ der Söldnerheere zu friedlichen Staatsmännern konvertierten, sei hier beispielhaft genannt. Gelingt es also, daß sich eine Partei eine knappe Ressource sichert und diese Aktion mit den Auswirkungen einer externen Blockade und dem Auftreten innerer Ressourcenerschöpfung synchronisiert, brechen Gewaltmärkte zusammen und gewaltoffene Räume hören auf zu bestehen.

Eine neue, krisenorientierte EZ mit soziokultureller Kompetenz könnte hier wichtige Beiträge leisten. Die Demobilisierung und Reintegration von Kombattanten und die Schaffung neuer Wege gesellschaftlicher Anerkennung, um die gewaltorientierte Prestigeordnung der zumeist jungen Kämpfer abzulösen, ist eine Möglichkeit. Gleichzeitig kommt der Rehabilitation und Integration von Kriegsversehrten sowie dem Aufbau von Projekten und Institutionen der friedlichen Konfliktaustragung ein wichtiger Stellenwert zu. Der Wiederaufbau und die Rehabilitation von Kriegszerstörungen, sowie Programmpakete zur sozialen, politischen und ökonomischen Stabilisierung sind weitere Maßnahmen präventiver, krisenorientierter EZ. Allgemein trägt der entwicklungspolitische Nutzen von EZ-Projekten für die Zielgruppen zur Verringerung von Konflikursachen oder konfliktverschärfenden Faktoren bei. Die dabei notwendige Eingrenzung der Zielgruppe kann jedoch gleichzeitig wieder zur Verstärkung bestehender Disparitäten führen. Gleichzeitig kann die im Rahmen der EZ erfolgende Dezentralisierung von Entscheidungshierarchien auch benutzt werden, um der Regierung die Durchsetzung repressiver Maßnahmen zu erleichtern.

2. Entwicklungspolitische Umsetzung von Mechanismen gewaltfreier Konfliktregelung

Unterstellt man, daß der Schwerpunkt krisenorientierter EZ sich vernünftigerweise von der Diskussion über Krisenursachen und deren Indikatoren hin zu einer praktischen Anwendung im Sinn einer Entwicklung von „early warning“ zu „early action“ orientieren sollte, so sind in der Umsetzung bisher jedoch nur zwei praktische Anwendungen zu beobachten: die Konfliktsensibilisierung und das Instrument der zivilen Konfliktbearbeitung.

Der Einsatz und die Vorbereitung von Personal zur zivilen Konfliktbearbeitung wurde in der Koalitionsvereinbarung von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen von 1998 festgeschrieben und umfaßt zwei Schwerpunkte:

1. die Ausbildung von zivilem Personal für den Einsatz in internationalen Friedensmissionen im Rahmen multilateraler Organisationen wie VN und OSZE durch das AA;
2. den Aufbau des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) als ein Element krisenpräventiv ausgerichteter Entwicklungspolitik durch das BMZ.

Mit der Ausbildung qualifizierten Personals durch das AA wird insbesondere die Bildung einer Personalreserve qualifizierter Experten zum kurzfristigen Einsatz im Rahmen der Tätigkeit von multilateralen Organisationen verfolgt. Seit Beginn der Ausbildung durch das AA von Juli 1999 bis Dezember 1999 haben über 100 Personen diese Ausbildung absolviert, weitere 250 Plätze standen für das Jahr 2000 offen.¹²

Die Bestrebungen im Rahmen des ZFD in Zusammenarbeit mit dem DED und anerkannten Entwicklungsdiensten (DÜ, AGEH, Eirene, WFD, CIM) gehen in Richtung der Erhöhung der Fachkräfte von derzeit 14 auf 70 bis 80 Ende 2000.¹³ Zur Zeit sind 25 Vorhaben bewilligt, wofür im Haushaltsplan 2000 17,5 Mio. DM bereitstanden.

Die Beiträge, die der ZFD zu leisten hat, liegen insbesondere in den folgenden drei Bereichen:¹⁴

1. Die Stärkung von Friedenspotentialen sowie vertrauensstiftende Maßnahmen zwischen Angehörigen von Konfliktparteien,
2. Vermittlung von Konflikten zwischen Angehörigen von Interessengruppen, Ethnien und Religionen,
3. Beiträge zur Versöhnung und zum Wiederaufbau, einschließlich Verwaltungsaufgaben auf kommunaler Ebene.

Insbesondere bei EZ-Maßnahmen, die nicht krisenpräventiv oder konfliktbewältigend angelegt sind, kommt einem systematischen „conflict impact assessment“ eine besondere Bedeutung zu, welches in engem Verbund mit der Projektberichterstattung und der zuständigen Auslandsvertretung stehen sollte.

Dieses neue Instrument soll - anders als die rückblickende, „klassische“ Evaluierung - während und nach Projektablauf identifizieren, welches Ausmaß das entwicklungspolitische Engagement auf Konflikte hat bzw. hatte.

Sowohl beim BMZ wie bei den Durchführungsorganisationen besteht die Tendenz, Erwartungen hinsichtlich des ZFD zu wecken, die in der Praxis schwer erfüllbar sein werden. ZFD-Maßnahmen stehen in der Tradition der Solidaritäts- und Versöhnungsarbeit. Für eine frühe Prävention ist es jedoch schwerer, Ressourcen und öffentliches Bewußtsein zu wecken, als auf die Auswirkungen von bereits eingetretenen Krisen mit ihrer symbolträchtigen Darstellung in den Medien zu reagieren. Der Wunsch nach Vorzeigeprojekten und die Mittelabflußproblematik sollten nicht zu überhasteten Entscheidungen führen.

¹² Vgl. Horlemann/Kloke-Lesch (2000:73 ff.).

¹³ Ebd.

¹⁴ Vgl. Eid (1999b).

Generell lassen sich im Feld der praktischen Umsetzung Bereiche feststellen, in denen offene Fragen und Widersprüche bestehen.¹⁵ Krisenpräventive Entwicklungszusammenarbeit ist eminent politisch. Problematisch erscheint hier die Kritik an schwachen staatlichen Strukturen, die gleichzeitig staatliche Autorität untergräbt. Vielfach hat der Staat (insb. Justiz und Sicherheitsapparat) einerseits als Konfliktregler bereits versagt, andererseits kann EZ zu seiner weiteren Schwächung beitragen, wenn man sich plötzlich exklusiv auf traditionelle Mechanismen der Konfliktregelung oder auf die Zivilgesellschaft verläßt.

Die angestrebte Neutralität von EZ-Maßnahmen ist in krisenpräventiven Maßnahmen kaum noch möglich. EZ wird hier eine Parteinahme nicht vermeiden können; die übliche Regierungskooperation unterstützt beispielsweise ineffiziente oder auch kriegstreibende Eliten oder durch Armutsorientierung und Nothilfe eher deren benachteiligte Opfer. Wie sollen sich dann TZ-Organisationen gleichzeitig als neutrale Vermittler in Konflikten anbieten?

Von zentraler Bedeutung für den Projekterfolg sind zweifellos Planung und partizipative Bedarfsanalyse. Andererseits läuft den Verantwortlichen vor einem prognostizierten Gewaltausbruch oft die Zeit weg. Klare Hinweise darauf, wann man sich Zeit für Planung (noch) nehmen kann, fehlen bislang.

Zentrales Ziel der Konfliktbearbeitung ist der Interessensausgleich zwischen den Konfliktparteien. Nach erfolgter Gewaltanwendung ist dies äußerst schwierig: Opfer haben ein legitimes Interesse an Gerechtigkeit, nachhaltiger Frieden hängt insbesondere von einem Ende der Straflosigkeit ab. Wie Gerechtigkeit im Angesicht eines häufig labilen Friedens nach Verhandlungen herzustellen ist, die ein gewisses Maß an Amnestie für die Täter meistens mit einschließt, bleibt offen.

Konfliktbearbeitung verlangt Vertrauen und eine klare Rückbindung an ethische Standards und transparente Prinzipien. Das Gebot präventiven Handelns wiederum verlangt häufig ein Abweichen von starren und akzeptierten Regeln. Die Abwägung, ob man seinen Prinzipien treu bleibt, oder wie man neue unkonventionelle Wege geht, ohne dabei unglaubwürdig zu werden, wird von den Verantwortlichen zumeist unter erheblichem Zeitdruck und unvollständigen Informationen zu treffen sein. Vor der Überschätzung eigener Einflußmöglichkeiten muß gewarnt werden, andererseits benötigt EZ einen gewissen „strukturellen Optimismus“, um überhaupt aktiv zu werden. Dabei läßt sich weitgehend aus eigenem Legitimationsinteresse, aber auch wegen komparativer Vorteile und symbolischer Medienpräsenz, ein Hang zu einem postkonfliktiven Engagement erkennen. Wirksamer wäre Prävention, um Leid zu verhindern, bisherige EZ-Errungenschaften zu schützen und knappe Geldmittel zu schonen.

3. Zur Notwendigkeit der Neuausrichtung einer nicht-militärischen Krisenprävention deutscher Außen- und Sicherheitspolitik

Nach der Behandlung der Krisenursachen und der Beschreibung der verfolgten Ansätze zur gewaltfreien Konfliktregelung stellt sich die Frage nach offenen konzeptionellen Problemen der deutschen EZ in Bezug auf Krisenprävention und Konfliktbearbeitung.¹⁶

¹⁵ Vgl. Mehler (2000:67 ff.).

¹⁶ Vgl. Debiel/Matthies (2000); Müller (2000).

3.1. Ressortkonkurrenz oder Integration? Zur Kohärenz der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik

Krisenprävention darf nicht als sozialtechnologisches Projekt mißverstanden werden. Das Zusammenwirken von EZ einerseits und der Außenwirtschafts-, Agrar-, Finanz- und Währungspolitik andererseits, sowie die Kohärenz mit den Bereichen Kulturpolitik, Sozialpolitik und Umweltpolitik nimmt an Bedeutung zu. Betrag der ODA- Anteil an den gesamten Nettoleistungen an die Entwicklungsländer (EL) 1987 noch 51%, so sank er bis 1995 auf 25% mit weiter abnehmenden Anteil (ODA weltweit 1995: 60 Mrd. US\$, gesamte Nettoleistungen: 239 Mrd. US\$). Im Vergleich zu den Exporterlösen der EL (1995: 1100 Mrd. US \$) macht die ODA nur 5,4% aus. Diese Zahlen unterstreichen generell die sinkende Bedeutung von EZ für die Bearbeitung von Problemen von EL.

Kohärenzprobleme stellen sich dabei sowohl innerhalb der EU, als auch innerhalb der deutschen Politik. Neben dem *Kohärenzgebot* ist insbesondere das *Komplementaritätsgebot*, die Vermeidung der Finanzierung ähnlicher Projekte durch unterschiedliche Geber in Partnerländern mit der Möglichkeit des „Ausspiels“ der Geber gegeneinander, zu beachten.

Eine bessere Abstimmung zwischen den Ressorts ist auch deshalb wichtig, da nicht alle ODA-Mittel im Verantwortungsbereich des BMZ liegen. Diese betragen 1995 2,8 Mrd. DM, also 26% der deutschen Gesamt-ODA (deutsche ODA 1995: 10,8 Mrd. DM, davon BMZ 8,0 Mrd. DM, andere Ministerien 2,05 Mrd. DM, Bundesländer 0,75 Mrd. DM).¹⁷

3.2. Die Einbeziehung des Sicherheitssektors in ein präventives Gesamtkonzept

„Do not send the marines!“¹⁸ Ungeklärt bleibt auch die Rolle von Militär und Polizei als Element krisenpräventiver Sicherheitspolitik. Nach dem Kosovo-Krieg begann man mit der Aufarbeitung erkannter Defizite. Jedoch wurde die Priorität nicht auf Instrumente zur Krisenprävention, sondern auf die Verbesserung der Fähigkeit zur Intervention gelegt. Augenscheinlich wurde diese Notwendigkeit durch die massive militärische Unterlegenheit im Vergleich mit dem Bündnispartner USA. Die Reform der Bundeswehr und das Aufstellen von Krisenreaktionskräften wurde zur Hauptaufgabe deutscher Sicherheitspolitik. Krisenprävention wird in diesem Zusammenhang hauptsächlich als militärische Intervention verstanden.

Dies liegt auch in der Organisationsstruktur und der Ressourcenverteilung begründet: Das BMVtg verfügt über einen Haushalt von 46,8 Mrd. DM (2001) und einen Apparat von 460.000 Personen, davon 328.000 Soldaten unter Waffen. Dies ermöglicht eine kurzfristige Lösung sicherheitsrelevanter Aufgaben durch militärische Konfliktintervention. Ein hochorganisiertes und spezialisiertes Angebot ist vorhanden.

Das BMZ verfügt weder über die Mittel noch die personellen Ressourcen zur nichtmilitärischen Krisenintervention bzw. Krisenprävention. Nichtregierungsorganisationen (NGOs) ver-

¹⁷ Vgl. Bohnet (1999:100).

¹⁸ Müller (2000:232).

fügen, aus ihrer Geschichte begründet, über keinen Dachverband. Sie sind auch weniger in der Lage, effiziente „Pressure Groups“ zu bilden.

Die Gesamtkonstellation begünstigt somit Eingriffe, nachdem akute Probleme aufgetreten sind, zu Lasten einer Prävention *ex ante*.

3.3. Notwendige Ergänzungen der Zusammenarbeit von NGOs und Staat

Krisenprävention sollte mehr als bisher auf einen breiten gesellschaftlichen Konsensus gestellt werden. Auch NGOs könnten in diesem Bereich Ressourcen und Öffentlichkeit mobilisieren. Es geht um die Beseitigung struktureller Krisenursachen. Staatliche Akteure agieren dabei ungewollt oft in konfliktverschärfender Weise.

3.4. Braucht man einen „Code of Conduct“?

Auch international ist die Diskussion um Krisenprävention, die bereits 1997 mit dem DAC-Report¹⁹ maßgeblich beeinflusst wurde, in vollem Gang. Bis Ende des Jahres 2000 will das DAC ein Konzept vorlegen, wie die Reform des Sicherheitssektors in Projekte und Programme der EZ integriert werden kann. Die britische NGO International Alert formulierte zwischenzeitlich Verhaltensregeln für Krisenpräventionsmaßnahmen, wie sie als „good practice“ schon seit Jahren als international anerkanntes Regelwerk in der humanitären Hilfe verwandt wird.

¹⁹ OECD (1997).

Literatur

- BMZ: Krisenprävention und Konfliktbeilegung. Gesamtkonzept der Bundesregierung vom 07.04.2000 (Beschluss des Bundessicherheitsrates vom Sommer 2000), Bonn 2000 <www.bmz.de/medien/spezial/spezial017/spezial017_1.html>.
- Bohnet, Michael: Überlegungen zur Zukunft der Entwicklungspolitik. Von der Theorie zur Praxis, in: Thiel, Reinold E. (Hrsg.): Neue Ansätze zur Entwicklungstheorie, DSE, Bonn 1999, S. 96-109.
- Debiel, Tobias / Matthies, Volker: Krisenprävention – mehr Fragen als Antworten? Zwischenbilanz zur deutschen Entwicklungs-, Außen- und Sicherheitspolitik, in: E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit Bd. 41, Nr. 9/2000, S. 250-253.
- Debiel, Tobias / Fischer, Martina / Matthies, Volker / Ropers, Norbert: Effektive Krisenprävention. Herausforderungen für die deutsche Außen- und Entwicklungspolitik, Policy Paper 12, Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn 6/1999.
- Eid, Uschi: Sicherheitspolitische Auswirkungen der Entwicklungspolitik. Rede der Parlamentarischen Staatssekretärin Dr. Uschi Eid beim 7. Aktuellen Forum für Chefredakteure zur Sicherheitspolitik der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, 26. Januar 1999(a) <www.bmz.de/medien/reden/rede1999012601.html>.
- : Entwicklungspolitik als Beitrag zur Krisenprävention. Rede von Frau Parlamentarischer Staatssekretärin Dr. Uschi Eid anlässlich einer Tagung zum Thema „Die Rolle der EZ in gewalttätigen Konflikten“ in Berlin am 03.12.1999(b) <www.bmz.de/medien/reden/rede2000020901.html>.
- Elwert, Georg: Gewaltmärkte. Beobachtungen zur Zweckrationalität von Gewalt, in: Trutz von Trotha (Hrsg.): Soziologie der Gewalt, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft Nr. 37, Westdeutscher Verlag, 1997, S. 86-101.
- Elwert, Georg / Hiemenz, Ulrich: Gewaltmärkte und Entwicklungspolitik, in: BMZ aktuell Nr. 92, Bonn 1998, S. 42-60.
- Horlemann, Ralf / Klooke-Lesch, Adolf: Personal für Krisenprävention und Konfliktbearbeitung. Beiträge von AA und BMZ, in: E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit Bd. 41, Nr. 3/2000, S. 73-76.
- Glasl, Friedrich: Konfliktmanagement, Bern 1995.
- Klingebl, Stephan: Beiträge der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zur Verminderung der internationalen Flüchtlings- und Migrationsproblematik, Berichte und Gutachten 6/94, DIE, Berlin 1994.
- : Wirkungen der Entwicklungszusammenarbeit in Konfliktsituationen. Querschnittsbericht zu Evaluierungen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in sechs Ländern, Berichte und Gutachten 6/99, DIE, Berlin 1999.
- Matthies, Volker: Immer wieder Krieg? Wie Eindämmen? Beenden? Verhüten? ..., Westdeutscher Verlag, Opladen 1994.
- Mehler, Andreas: Krisenprävention in der europäischen EZ. Eine frühe Bilanz und offene Fragen, in: E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit Bd. 41, Nr. 3/2000, S. 67-69.
- Müller, Harald: Do not send the Marines! Plädoyer für die Einrichtung eines Ministeriums für Krisenprävention, in: E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit Bd. 41, Nr. 9/2000, S. 232-247.
- OECD: Guidelines on Conflict, Peace and Development, Development Assistance Committee Report, Paris 1997.
- Spelten, Angelika: Wie erkennt man Krisenpotential? Entwurf eines Indikatorenkataloges, in: E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit Bd. 41, Nr. 3/2000, S. 70-72.

Waldmann, Peter: Bürgerkriege. Ein Überblick über den aktuellen Diskussionsstand, Unveröffentlichtes Skript, Universität Augsburg, 1998.

Wissing, Thomas: Mögliche Beiträge der Entwicklungszusammenarbeit zur Krisenprävention. Eine Literaturlauswertung, Berichte und Gutachten 8/95, DIE, Berlin 1995.

Bisher erschienen:

(Die mit * gekennzeichneten Nummern sind unter der angegebenen Quelle erschienen und inzwischen nicht mehr im Verlag Das Arabische Buch erhältlich.)

- Nr. 1 Ulrike Schultz: Die Last der Arbeit und der Traum vom Reichtum. Frauengruppen in Kenia zwischen gegenseitiger Hilfe und betriebswirtschaftlichem Kalkül. 1990. (10,- DM).
- Nr. 2* Marin Trenk: "Dein Reichtum ist dein Ruin". Afrikanische Unternehmer und wirtschaftliche Entwicklung. Ergebnisse und Perspektiven der Unternehmerforschung. 1990. [erschieden in: *Anthropos* 86.1991]
- Nr. 3 Jochen Böhmer: Sozio-kulturelle Bedingungen ökonomischen Handelns in der Türkei. 1990. (10,- DM).
- Nr. 4 Gitta Walchner: Indiens Elektronikpolitik und die Exportpotentiale der Computerindustrie im Software-Bereich. 1990. [erschieden in: *Internationales Asienforum* 22.1991]
- Nr. 5* Dieter Weiss: Internationale Unterstützung des Reformprozesses in Entwicklungsländern durch Auflagenpolitik und Politikdialog? Probleme politischer Konditionalität am Beispiel Afrikas. 1990. [erschieden in: H. Sautter (Hg.), *Wirtschaftspolitische Reformen in Entwicklungsländern*, Berlin 1991]
- Nr. 6 Dorothea Kübler: Moralökonomie versus Mikroökonomie. Zwei Erklärungsansätze bäuerlichen Wirtschaftens im Vergleich. 1990. (16,80 DM).
- Nr. 7 Jochen Böhmer: Die Verschuldungskrise in Schwarzafrika. Ausmaß, Ursachen und Ansatzpunkte für eine Lösung. 1990. (6,80 DM).
- Nr. 8* Manuel Schiffler: Überlebensökonomie, Wohnungsbau und informelle Kredite in einem tunesischen Armenviertel. 1990. [erschieden in *ORIENT* 33, H. 1. 1992]
- Nr. 9 Fritz Roßkopf: Die Entwicklung des Steuersystems im Iran nach der Revolution von 1979. 1991. (15,80 DM).
- Nr. 10 Barbara Igel: Die Überlebensökonomie der Slumbewohner in Bangkok. 1991. (15,80 DM).
- Nr. 11/12* Dirk Steinwand: Sicherheit und Vertrauen. Informelle Kreditbeziehungen und ländliche Verschuldung in Thailand. Teil 1: Ursachen, Formen, Ausmaß. Teil 2: Eine Fallstudie aus Chachoengsao. 1991. [erschieden als: D. Steinwand, *Sicherheit und Vertrauen*, Saarbrücken/Fort Lauderdale 1991]
- Nr. 13* Dieter Weiss: Zur Transformation von Wirtschaftssystemen. Institutionelle Aspekte der Selbstblockierung von Reformpolitiken: Fallstudie Ägypten. 1991. [erschieden in: *Konjunkturpolitik* 38.1992]
- Nr. 14 Christoph David Weinmann: The Making of Wooden Furniture in Mozambique: A Short Overview of the Industry Based on Observations in Mid 1989. 1991. (10,- DM).
- Nr. 15 Armin Liebchen: Überlebensstrategien eines kleinbäuerlichen Dorfes der Bariba am Rande der Sahelzone im Norden Benins. 1991. (28,- DM).
- Nr. 16 Marin Trenk und Elsaied Nour: Geld, Güter und Gaben. Informelle Spar- und Kreditformen in einem Dorf im Nil-Delta. 1992. (9,80 DM).
- Nr. 17 Dieter Weiss: Zur ökonomischen Transformation der ehemaligen COMECON-Länder. 1992. (8,80 DM).
- Nr. 18 Steffen Wippel: Transformation du système économique et investissements directs allemands en Égypte. 1992. (7,80 DM).
- Nr. 19 Günther Taube. Festung Europa oder ein offenes europäisches Haus? 1992. (9,80 DM).
- Nr. 20* Bei fremden Freunden. Erfahrungen aus studentischer Feldforschung. 1992. [erschieden als: M. Trenk u. D. Weiss (Hrsg.), *Bei fremden Freunden*, LIT-Verlag Münster/Hamburg 1992]
- Nr. 21 Dieter Weiss: Structural Adjustment Programs in the Middle East. The Impact of Value Patterns and Social Norms. 1992. (10,80 DM).
- Nr. 22 Dieter Weiss: Economic Transition from Socialism to Market-Friendly Regimes in Arab Countries from the Perspective of Ibn Khaldun. 1993. (10,80 DM).
- Nr. 23 Koko N'Diabi Affo-Tenin: "Susu"-Sparen und Fliegende Bankiers. Finanzielle Selbsthilfegruppen von Händlerinnen und Bäuerinnen bei den Bariba in Togo. 1993. (15,80 DM).
- Nr. 24 Christina Wildenauer: Von Geistern, Gold, und Geldverleihern. Der informelle Finanzsektor Südiindiens und Ansätze zu dessen Einbindung in den formellen Finanzsektor. 1993. (14,80 DM).
- Nr. 25 Thama-ini Kinyanjui: "Eating" Project Money. Rural Self-help Projects in Kenya as an Arena of Strategic Groups. 1993. (14,80 DM).

- Nr. 26 Dieter Weiss: Entwicklung als Wettbewerb von Kulturen. Betrachtungen zum Nahen und zum Fernen Osten. 1993. (9,80 DM).
- Nr. 27 Marko Curavic: Islamische Banken im Spannungsfeld ihrer Stakeholder. Die BEST Bank / Tunesien. 1993. (12,- DM).
- Nr. 28 Elisabeth Grenzebach: Gesicht erwerben und Gesicht verlieren. Die chinesische Alternative zur Tarifautonomie. 1993. (16,80 DM).
- Nr. 29 Inse Cornelssen: Vom Bipolarismus zum Multipolarismus: Die EG als Katalysator weltweiter wirtschaftlicher Regionalisierungstendenzen. 1994. (9,80 DM).
- Nr. 30 Henk Knaupe und Ulrich G. Wurzel: Die Jewish Agency und die IG Farben. Das Haavara-Abkommen und die wirtschaftliche Entwicklung Palästinas. 1994. (16,80 DM).
- Nr. 31 Haje Schütte: Das Konzept des Informellen Sektors aus der wissenschaftstheoretischen Sicht von Thomas Kuhn. 1994. (7,80 DM).
- Nr. 32 Christine Böckelmann: Rotating Savings and Credit Associations (ROSCAs). Selbsthilfepotential und Förderungspolitik. 1994. (9,80 DM).
- Nr. 33 Dieter Weiss: Human Rights and Economic Growth. 1995. (8,80 DM).
- Nr. 34 Elsaied Nour: Die Rolle des Sozialfonds im Rahmen der Strukturanpassungspolitik in Ägypten. 1995. (12,80 DM).
- Nr. 35 Cornelia Lohmar-Kuhnle: Explorative Projektfindung. Feldstudienenerfahrungen bei der Planung ländlicher Handwerksförderung in der Region Elmali/Türkei. 1995. (18,80 DM).
- Nr. 36 Ruth Frackmann: Ghanaische Großfamilienhaushalte. Gemeinsamer Nutzen oder getrennte Kassen? Eine Fallstudie. 1995. (17,90 DM).
- Nr. 37 Irmgard Nübler: Der Humanentwicklungsindex: Ein adäquates Meßkonstrukt für Humanentwicklung? 1995. (8,90 DM).
- Nr. 38 Steffen Wippel: Islam als "Corporate Identity" von Wirtschafts- und Wohlfahrtseinrichtungen. Eine Fallstudie aus Ägypten. 1995. (24,90 DM).
- Nr. 39 Adel Zaghah: A Monetary Alternative for the Palestinian Economy: A Palestinian Currency. 1995. (8,90 DM).
- Nr. 40 Dieter Weiss: European-Arab Development Cooperation and the Middle East Peace Process. 1995. (8,90 DM).
- Nr. 41 Dieter Weiss: Some Conceptual Views on Planning Strategies for Lagos Metropolitan Area. 1995. (10,90 DM).
- Nr. 42 Klaus Komatz: Förderung von Demokratie und Menschenrechten durch EU-Entwicklungspolitik? 1995. (10,90 DM).
- Nr. 43 Qays Hamad: Palästinensische Industrialisierung unter unvollständiger Souveränität: Das Beispiel der Bekleidungsindustrie. 1995. (24,90 DM).
- Nr. 44 Birgit Reichenstein: Managementausbildung im Transformationsprozeß der Volksrepublik China. 1995. (14,90 DM).
- Nr. 45 Steffen Wippel: "Islam" und "Islamische Wirtschaft". 1995. (19,90 DM).
- Nr. 46 Sulaiman Al-Makhadmeh: Zur Kritik der Vernunft der arabischen Renaissance. 1996. (8,90 DM).
- Nr. 47 Dieter Weiss: EU-Arab Development Cooperation - Scenarios and Policy Options. 1996. (19,80 DM).
- Nr. 48 Steffen Wippel: Die Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR zum Nahen Osten. Einfluß und Abhängigkeit der DDR und das Verhältnis von Außenwirtschaft zu Außenpolitik. 1996. (17,90 DM).
- Nr. 49 Susanne Butscher: Informelle Überlebensökonomie in Berlin. Annäherung der deutschen Hauptstadt an Wirtschaftsformen der Dritten Welt. 1996. (17,90 DM).
- Nr. 50 Stefan Bantle und Henrik Egbert: Borders Create Opportunities. An Economic Analysis of Cross-Border Small-Scale Trading. 1996. (10,90 DM).
- Nr. 51 Wolfhard Peter Hildebrandt: Die islamische Wirtschaftsideologie. Eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung des Falls Pakistan. 1996. (17,90 DM).
- Nr. 52 Thomas Ganslmayr: Flutkatastrophen und Wiederaufbau im ländlichen Indien. Fallstudie des Dorfes Thugaon Deo. 1996. (17,90 DM).
- Nr. 53 Dieter Weiss: Wissenschaftspolitik und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit. Anmerkungen zur Berliner Hochschulpolitik. 1996. (9,90 DM).
- Nr. 54 Sybille Bauriedl: Konstruktionen des Orients in Deutschland. 1996. (15,90 DM).
- Nr. 55 Rainer Hermann: Defizite im Investitionsklima Syriens. 1997. (11,90 DM).
- Nr. 56 Manuel Schiffler: Die Euro-Mediterrane Freihandelszone im Licht neuerer Ansätze der Außenwirtschaftstheorie. 1997. (11,90 DM).
- Nr. 57 Dieter Weiss: Entwicklungspolitik als Technisch-Wissenschaftliche Kooperations- und Kulturpolitik. 1998. (14,-- DM).

- Nr. 58 Meir Samuelsdorff: Finanzielle Fehlkonstruktionen der staatlichen Förderung von Kooperativen in Israel. Die Krise der Moschwei Owdim. 1998. (16,90 DM).
- Nr. 59 Petra Streiber: Internationaler Frauenhandel. Funktionsweisen, soziale und ökonomische Ursachen und Gegenmaßnahmen. 1998. (16,90 DM).
- Nr. 60 Sebastian von Eichborn: Der Kosovo-Konflikt aus der Sicht des Konzepts der Gewaltmärkte. Ein Bericht aus dem nordalbanischen Grenzgebiet. 1998. (13,90 DM).
- Nr. 61 Dieter Weiss: Islamistische Bewegungen im Nahen Osten und in Nordafrika. Reaktionen der deutschen Entwicklungspolitik. 1998. (8,90 DM).
- Nr. 62 Volker Häring: The Closing of the Chinese Mind? Die Debatte um den "Aufbau der geistigen Zivilisation" in China. 1998. (17,90 DM).
- Nr. 63 Michael Müller: Entwicklungshindernisse in der Transformation. Kleine und mittlere Dienstleistungsunternehmen in St. Petersburg. 1999. (16,90 DM).
- Nr. 64 Katja Birr: Planung und Management von Entwicklungsprojekten als komplexe Systeme in turbulenten Umwelten: Eine Analyse der Zielorientierten Projektplanung im Rahmen eines entwicklungsorientierten Managements. 1999. (16,90 DM).
- Nr. 65 Steffen Wippel: Marokko und der Euro. Folgen der Europäischen Währungsunion für ein assoziiertes Mittelmeer-Drittland. 1999. (24,90 DM).
- Nr. 66 Marko Zielonka: Die Entwicklung der Automobilindustrie in Südkorea. Eine Untersuchung unter Anwendung neuerer wettbewerbstheoretischer Konzepte. 1999. (10,90 DM).
- Nr. 67 Steffen Wippel: Entwicklung und Probleme der euro-mediterranen Beziehungen aus marokkanischer Sicht. Reaktionen der sozialistischen Opposition zum "Mittelmeerjahr" 1995. 1999. (10,90 DM).
- Nr. 68 Udoy M. Ghose: Entwicklungspolitische Defizite der höheren Bildung in Palästina. 1999. (9,90 DM).
- Nr. 69 Tom Weber: Ausländische Direktinvestitionen in Malaysia. Die Bedeutung wirtschaftspolitischer Investitionsbedingungen am Beispiel der deutschen verarbeitenden Industrie. 1999. (16,90 DM).
- Nr. 70 Verena Dommer: Kooperative Modelle der Berufsausbildung – Theorie und praktische Umsetzung in der Berufsbildungshilfe. Eine Praxisreflexion anhand von drei Projektbeispielen in der Türkei, Tunesien und Nigeria. 1999. (24,90 DM).
- Nr. 71 Hsin Chen: Wirtschaftspolitische und unternehmerische Reaktionen in Taiwan auf die Finanzkrise Südostasiens. 1999. (18,90 DM).
- Nr. 72 Gero Gelies: Industrialisierungschancen der Europäischen Peripherie. Die Wettbewerbssituation der portugiesischen Automobilzulieferindustrie. 1999. (19,90 DM).
- Nr. 73 Anja Englert: Die Große Arabische Freihandelszone. Motive und Erfolgsaussichten der neuen Initiative für eine intra-arabische Integration aus arabischer Sicht. 2000. (18,90 DM).
- Nr. 74 Hatim Mahmoud: Überleben im Slum. Die Überlebensstrategien von Nuba-Migranten im Slumviertel Ummbada der sudanesischen Stadt Omdurman. 2000. (22,90 DM).
- Nr. 75 Markus Liemich: Erfolgsfaktoren von Joint Ventures in Rußland. Die Entwicklung eines Mobilfunkanbieters im Großraum Moskau. 2000. (29,90 DM).
- Nr. 76 Uwe Simson: Protestantismus und Entwicklung. Was erklärt die Weber-These? Zum Todestag von Max Weber am 14. Juni 2000. 2000. (10, 90 DM)
- Nr. 77 Sebastian v. Eichborn: Lokales Wissen als Chance in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Soll alles bleiben wie bisher? 2000. (11,90 DM).
- Nr. 78 Gerd Günter Klöwer: Financial Co-operatives and Credit Insurance in Mongolia. 2000. (13,90 DM).
- Nr. 79 Ulrich G. Wurzel: "The Missing Dimension". Implikationen systemischer Innovationstheorien für die Euro-Mediterrane Wissenschafts- und Technologiekooperation. 2000. (17,90 DM)
- Nr. 80 Dieter Weiss: Zur Verstärkung der wissenschaftlichen Kooperation mit Entwicklungsländern. Stützung innovativer Eliten, Nachkontakte, Gemeinsame Forschungsprojekte, Auffangpositionen in Phasen politischer Unruhen, Interkulturelle Dialogforen, Eine Rolle für EU-Partnerschaftshochschulen. 2000. (10,90 DM).
- Nr. 81 Stefanie Roemer: Tibetische Flüchtlingsökonomie. Eine Fallstudie der gewerblichen Siedlung Bir. 2001. (DM 24,90).
- Nr. 82 Alexander Solyga: Krisenprävention und Friedensdienste in der deutschen Entwicklungspolitik. Offene konzeptionelle Fragen. 2001. (DM 10,90).
- Nr. 83 Daniela Stozno-Weymann: Ländliche Entwicklung und europäische Regionalpolitik in Brandenburg. Mit einer Fallstudie zum Oderbruch. 2001. (DM 19,90).